

Diskussionsbeitrag zur Basiskonferenz 18.6.16

Ich möchte einige Gedanken im Zusammenhang mit dem Magdeburger Parteitag äußern  
Mein erster Punkt:

Auf unserem Bundesparteitag Ende Mai wurde Bilanz gezogen, und Sahra Wagenknecht machte uns allen mit ihrer hervorragenden Rede wieder Mut zum Mitmachen.

Wir Linken in Thüringen können froh sein über das Engagement der Thüringer Linke-PolitikerInnen hinsichtlich Hilfe für Flüchtlinge, Kampf gegen Rechts und Einsatz für die Lösung sozialer Probleme.

Aber es gibt aus meiner Sicht auch Schwachstellen.

Die kritischen Töne in der Rede Hans Modrows als Vertreter des Ältestenrates waren nicht zu überhören. Zum Beispiel kritisierte er den Umgang mit unserer Geschichte, explizit auch in Thüringen.

Dazu muss man sagen: Die Entscheidung über den 17. Juni als Gedenktag und seine de facto Gleichstellung mit dem 8. Mai wurde praktisch ohne Diskussion mit der Basis getroffen. Ich frage: Welchen Einfluss nahm der Landesvorstand als Kontrollorgan auf die Faktion? Oder alles stromlinienförmig bis auf wenige „Quertreiber“?

*Das hatten wir doch schon `mal in der SED und dorthin wollten wir nie wieder kommen!*

Was ist los mit unserer innerparteilichen Demokratie?

Die Entscheidung über den 17. Juni als Gedenktag war undemokratisch. Warum wurden keine Regionalkonferenzen durchgeführt?

Der Erklärungsversuch auf der BO- Vorsitzendenberatung unseres Kreisverbandes durch den Stellvertretenden Landesvorsitzenden Steffen Dittes war bedeutungslos, denn die Entscheidung zu diesem Gesetz im Landtag war schon für den nächsten Tag festgesetzt.

Dass nur eine einzige Linke- Abgeordnete - Johanna Scheringer- das Rückgrat hatte, das Datum abzulehnen, ist für mich als Linke unverständlich. Es ist auch nicht mit vorherigen Absprachen oder Verträgen aus dem Jahr 2009 zu entschuldigen.

Ich habe den Eindruck, unsere jüngeren Abgeordneten waren mit ihren sonstigen Aufgaben so beschäftigt, dass sie sich, ohne sich mit den geschichtlichen Zusammenhängen auseinandergesetzt zu haben, dieses Datum haben unterjubeln lassen.

Warum reden wir überhaupt von Geschichtsaufarbeitung, wenn sich von den Entscheidungsträgern niemand wirklich mit Geschichte beschäftigt und kritiklos und aus meiner Sicht verantwortungslos übernimmt, was von bürgerlichen Politikern und Historikern über DDR- Geschichte verbreitet wird. Die Aktenberge der DDR sollen die Leichenberge der Nazizeit und die Rechtsbeugungen der Bundesrepublik, wie die Hunderttausende Berufsverbote für Gewerkschafter, KPD- Verbot, Zahlung hoher Renten an Nazikriegsverbrecher und deren Witwen vergessen lassen..

Und unsere älteren Abgeordneten, denen wir `mal das Vertrauen als Parteivorsitzende gaben und die unsere Geschichte etwas besser kennen? Auch von ihnen kam keine Kritik oder Gegenstimme. Das hat mich sehr enttäuscht.

Wir Thüringer Genossen sollten bei allen Veranstaltungen immer daran denken, dass wir in unserer Partei Politiker brauchen, die die innerparteiliche Demokratie respektieren, die zuhören können und sich mit den Genossen beraten, wenn es um so wichtige Themen für unsere Identität als Linke geht.

Zum Zweiten Punkt: Auf dem Bundesparteitag zeigte sich wieder, dass die Linke die einzige Friedenspartei in Deutschland ist. Vor allem dafür wurden und werden wir auch gewählt. Entsprechend unserem Programm organisiert oder beteiligt sich Die Linke an Bündnissen gegen die Beteiligung Deutschlands an militärischen Aktionen.

Am Sonnabend, dem 11. 6. führte die Bundeswehr auf Einladung des Oberbürgermeisters im öffentlichen Raum auf dem Erfurter Domplatz einen so genannten Familientag unter dem Motto „Panzer statt Riesenrad“ durch. Nebenbei wurde intensiv für militärische Berufe geworben. Die Landesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik der Thüringer Linken, unter Leitung von Karin Schrappe, hatte sich mit anderen antimilitaristischen Kräften der Stadt zusammengeschlossen, um gemeinsam Proteste zu organisieren und durchzuführen. Die Aktionen wurden von allen beteiligten Gruppen als erfolgreich eingeschätzt. Sogar das MDR- Fernsehen kam nicht daran vorbei, darüber zu berichten. Die jetzige Aufgabe ist es aus Sicht unserer AG, der Bundeswehr die Werbung in Schulen und Jugendeinrichtungen Thüringens zu verwehren. In verschiedenen anderen Bundesländern gibt es diesbezügliche Verträge mit den jeweiligen Kultusministerien. Das darf in Thüringen nicht geschehen.

Und noch etwas zu Geschichtsaufarbeitung und Frieden:

Am 22.6. jährt sich zum 75. Mal der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Dazu führt das Bündnis für soziale Gerechtigkeit gegen Rechtsextremismus am Donnerstag dem 23.6. eine Kundgebung zusammen mit der Deutsch- russischen Freundschaftsgesellschaft, dem Aktionskreis Frieden und unserer LAG mit Unterstützung des Red Roxx auf dem Erfurter Anger durch. Wir planen einen Ausschnitt aus einem Dokumentarfilm zu zeigen. Die Veranstaltung beginnt 17 Uhr und endet 18 Uhr. Dazu lade ich euch alle ein.

Im Bundestag hat die Linksfraktion für den 22. 6. eine Debatte beantragt. Sie wird auf Phönix übertragen. Was ist zu diesem, gerade für unsere jetzige Zeit so wichtigem Datum im Landtag geplant?

Ursel Kachel, Erfurt